

"Auschwitz in der Wüste"

So lautete die Überschrift eines Artikels in der New York Times vor knapp 25 Jahren, konkret 1988. Es war das Jahr, in dem der libysche Diktator GHADDAFI mal wieder von sich reden machte: mit einem Flugzeugabsturz über dem schottischen Lockerbie und den Informationen, die das Auswärtige Amt einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollte: Dass ein deutscher Unternehmer für GHADDAFI in der Nähe von Tripolis gerade eine Giftgasfabrik errichtet.



Immer wieder gab es Hinweise darauf. Mal allgemeiner, mal etwas konkreter. Aber wie so oft gilt bzw. galt die Devise: "*Was nicht sein kann, das nicht sein darf.*"

Dass es Hinweisgeber - auch Whistleblower genannt - hierzulande schwer haben, ernst genommen zu werden und sich mit ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen, ist leider eine offenbar typisch deutsche Erfahrung - zu sehen an dem jetzt gerade (Mai 2023) in mehreren Aspekten verwässerten Whistleblower-Schutz-Gesetz. Konservative Parteien (CDU/CSU, aber auch FDP) sind wenig gewillt bzw. in der Lage, objektiv und nüchtern eine ganze Reihe von Sachverhalten zur Kenntnis zu nehmen, die - jedenfalls auf den ersten Blick - nicht mit ihren politischen Ideologien in Einklang zu bringen sind.

So war es auch in den 80er Jahren. Ein geschäftstüchtiger wie skrupelloser Unternehmer namens Dr. Jürgen HIPPENSTIEL-IMHAUSEN, Inhaber der Fa. "Imhausen Chemie" und anderer Tochterunternehmen, war sich nicht zu schade, ein ihm angetragenes Angebot anzunehmen, um - über diverse Scheingfirmen hier, da und dort - eine Giftgasfabrik zu planen und zu bauen. 3 verschiedene Gifte sollten dort produziert werden, u.a. das besonders häßlich wirkende "Sarin".

Über die Jahre gingen rund 130 Hinweise ein bei den deutschen Behörden. In Worten: einhundertunddreißig. Nichts bis wenig geschah.

Erst als Bundeskanzler Helmut KOHL (CDU) sich mit dem US-Präsidenten Ronald REAGAN getroffen hatte, der ihm die Hölle heiß machte ("*In der deutschen Scheiße rühren*"), erst als in einer Pan-Am-Maschine eine libysche Bombe explodierte und erst als kurz darauf dann die New York Times mit ihrer Analogie "Auschwitz in the sand" auf den Plan trat, wurde die Bonner Regierung tätig.

Sie musste dann Im Februar 1989 dem Bundestag gegenüber "über eine mögliche Beteiligung deutscher Firmen an eine C-Waffen-Produktion in Libyen" Rede und Antwort stehen. Und dann auch die vielen Hinweise auflisten, die zu nichts geführt hatten.

Gottlob kam die Fabrik nie ins Laufen. GHADDAFI waren dann Ölexporte in den Westen und die güldenen Einnahmen in harten US-Dollar daraus (für sein eigenes Konto natürlich) wichtiger als Israel mit Sarin zu vergasen.

Die Rekonstruktion ist nachzulesen unter www.ansTageslicht.de/Imhausen.

Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Ludwig (JL)

Tel: 0176 - 52 00 69 15

Mail: redaktion@ansTageslicht.de

Prof. Dr. Andrea Claudia Hoffmann (ACH)

Mail: andreaclaudia.hoffmann@haw-hamburg.de

Sollten Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, so können Sie ihn hier [abbestellen](#)